

Aus dem Kreistag am 20. Oktober 2021

Obwohl die Tagesordnung keine spannende Sitzung verhieß, wurde es teilweise doch spannend im Pinneberger Kreistag. Im Mittelpunkt stand die Diskussion über die Kostenübernahme von Verhütungsmitteln für Menschen mit geringem Einkommen. Sonja Wehner, sozialpolitische Sprecherin der CDU-Fraktion, machte deutlich, dass es nicht um Verhütung generell gehe und auch nicht um 10.000 Euro, die für das kommende Jahr mehr gebraucht würde. Es gehe schlicht darum, dass die CDU Vasektomie und Sterilisierung ablehnt. Operationen am gesunden Körper vom Steuerzahler bezahlen zu lassen sei für die CDU ein No go, ganz abgesehen davon, dass solche Eingriffe Konsequenzen für die Patienten haben können: Wundbeschwerden, hormonelle Störungen oder vorzeitiges Einsetzen der Wechseljahre. Weil die FDP sich auf die Seite von Rot/Grün schlug, wurde der CDU-Antrag hauchdünn abgelehnt. Hier sollte wohl schon einmal Ampelkoalition geübt werden. Selbst ein Ergänzungsantrag der Bürgerlichen Mitte, der ein Konzept oder eine Richtlinie forderte, das u.a. eine Benennung der Zielgruppe, die Art der Anspruchsberechtigung, den Datenschutz, die Kostenerstattung für die Leistungserbringer sowie ggf. auch den Ausschluss von Leistungen (wie z. B. Vasektomie und Sterilisierung) beinhaltete, wurde von der Ampel abgelehnt. Dabei gibt es bis heute kein beschlossenes Konzept, das diese Punkte beinhaltet, obwohl jährlich 40.000 Euro ausgegeben werden.

Daniel Kölbl hielt ein emotionales wie leidenschaftliches Plädoyer für das Bekenntnis zum Bündnis „Keine Gewalt gegen Kinder und Jugendliche“, das vom „Appen musiziert“-Initiator Rolf Heidenberger unter der Schirmherrschaft von Ministerpräsident Daniel Günther ins Leben gerufen wurde.

Von allen Fraktionen mit Ausnahme der AfD wurde beschlossen, die Initiative des Kreissportverbandes zur Einführung eines Bewegungspasses für Kinder ab dem 3. Lebensjahr bis zur Grundschule mit 18.000 Euro jährlich zu fördern. Obwohl die CDU an erster Stelle der Antragsteller stand, wurden in der Tagespresse alle Fraktionen genannt, nur die CDU nicht – bedauerlich.

Das Thema „Gendersprache in der Kreisverwaltung“ bot dem neuen AfD-Mitglied zwar die Möglichkeit sich darzustellen. Genutzt hat er sie nicht. Dafür sorgte der fraktionslose Abgeordnete Schalhorn einmal mehr mit seinen unsäglichen Tiraden für allgemeines Unverständnis. Die anderen Fraktionen verzichteten darauf, zu seinem Pamphlet Stellung zu nehmen. Die CDU hatte sich entschieden, vor der Sitzung einen „Offenen Brief“ an die Landrätin zu richten (siehe Seite 2). Auf deren Reaktion ist man in der CDU-Fraktion gespannt.

Beim Katastrophenschutz ist es notwendig geworden, einen in die Jahre gekommenen Arzttruppkraftwagen der Sanitätsgruppe Elmshorn unverzüglich zu ersetzen. Der Kreisverwaltung lag ein günstiges Angebot für ein gutes gebrauchtes Fahrzeug vor, das sofort einsatzbereit sein sollte. Ein Neufahrzeug, zudem mit einem finanziellen Mehraufwand von 75.000 Euro hätte eine mehrjährige Lieferzeit. Dennoch bestand der ehemalige Fraktionsvorsitzende der SPD Hannes Birke auf Anschaffung eines Neufahrzeuges. Sozialdemokraten und Linke stimmten als Einzige dafür, obwohl dem SPD-Fraktionsvorsitzenden Stahl und etlichen anderen Genossen die Verzweiflung ins Gesicht geschrieben stand.

Dem Modellprojekt Kita-Rucksack am Familienzentrums Langelohe wurde für 5 Jahre einstimmig zugestimmt. Hierfür hatte sich Ortwin Schmidt (CDU) ordentlich ins Zeug geworfen.

Zumindest für das erste Halbjahr 2022 werden die Kreistagssitzungen noch nicht wieder in Pinneberg, sondern nach wie vor in der Smart Factory in Elmshorn stattfinden. Die CDU-Fraktion geht teilweise wieder zurück zu Videokonferenzen.

EDITORIAL



Liebe Leserinnen und Leser,

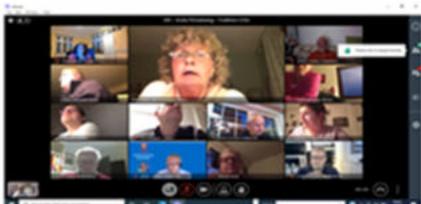
am 20. Oktober fand die erste Kreistags-sitzung nach der Bundestagswahl statt (siehe Bericht auf dieser Seite). Aus meiner Sicht weniger wegen vornehmer Zurückhaltung als vielmehr wegen riesiger eigener Probleme war von Hämte seitens der anderen Parteien keine Spur.

So war es im Laufe des vergangenen Jahres bereits zu Fraktionsaustritten bei FDP und Linken gekommen, bei den Grünen sind Grabenkämpfe nur zu offensichtlich, und die SPD hat ihren alten Fahrensman Hannes Birke nach mehr als 40-jähriger Zugehörigkeit zum Kreistag als Fraktionsvorsitzenden abgewählt. Dennoch ist deutlich erkennbar, dass er nicht klein beigeben wird. So beharrte er störrisch auf seinem Antrag zum Umgang mit reparaturbedürftigen Fahrzeugen im Katastrophenschutz, obwohl bis auf die Linken alle anderen Fraktionen und selbst die Verantwortlichen im Katastrophenschutz ihm nicht folgen konnten. Und auch bei den Grünen herrscht nicht nur eitel Sonnenschein: Mehrfach soll ein Mitglied ohne Absprache mit der Fraktion mit eigenen Anträgen vorgeprescht sein.

Alles ist aber kein Grund, zu frohlocken. Zwar ist die CDU-Fraktion gut aufgestellt und hat erst kürzlich ihren kompletten Vorstand mit deutlichen Mehrheiten wiedergewählt. Sie darf aber das Ziel der kommenden 18 Monate nicht aus den Augen verlieren: Die Kommunalwahl 2023. Es gilt, den Blick zu schärfen für das, was wichtig ist: Ein klarer Kompass, eine gute Strategie und disziplinierte Arbeit insbesondere in den Teilfraktionen. Jetzt schon nach Posten zu schielen, kann den Blick für das Wesentliche nur trüben. Im November wird die Fraktion in Klausur gehen, um die Weichen zu stellen für eine Zukunft mit einer starken CDU im Kreis.

Mit herzlichen Grüßen, Ihre

Heike Beukelmann
Fraktionsvorsitzende



Offener Brief an die Landrätin

Der fraktionslose Abgeordnete Schalhorn hatte einen Antrag an den Kreistag am 20.10. gestellt, wohl wissend, dass nur Fraktionen Anträge stellen können. Flugs hat die AfD ihn übernommen. Der AfD-Vertreter ging dann auch kaum auf den Wortlaut ein. Anstelle dessen legte er ein pseudowissenschaftliches Statement ab. Schalhorn meldete sich danach und begründete seine Forderung nach Abschaffung der Gendersprache. In Teilen deckte sich dies zwar mit der Forderung der CDU, er verglich die Schreibweise der Kreisverwaltung allerdings mit der Nazi- und DDR-Diktation. Alle anderen Fraktionen waren sich einig, dass sie sich dazu nicht äußern würden. Die CDU wollte ihm und der AfD kein noch größeres Forum bieten und verzichtete ebenfalls auf einen Wortbeitrag. Stattdessen verfasste Burkhard E. Tiemann (CDU) einen „Offenen Brief“ an die Landrätin:



Sehr geehrte Frau Landrätin Heesch,

der Kreistag hat sich am 16.06.2021, der Hauptausschuss am 15.09.2021 und der Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Gleichstellung und Senioren am 05.08.2021 mit dem Umgang der Kreisverwaltung in Bezug auf die sogenannte „Gender-Sprache“ befasst.

Etliche Fraktionen und Mitglieder des Kreistages haben sich entschieden gegen den Missbrauch der deutschen Sprache zugunsten eines ideologisch motivierten „Neusprech“ ausgesprochen. Es sei lediglich ein Konstrukt eines Zeitgeistes, der aber nicht mit der Meinung der Mehrheitsgesellschaft übereinstimme. Andere fordern in ihren Anträgen Stellungnahmen der Verwaltung und wieder andere Vorschläge, wie mit der Gleichstellung der Geschlechter im amtlichen Schriftverkehr der Verwaltung ohne die Verwendung von Gender-Sonderzeichen umzugehen sei. Keiner der Anträge hat eine Mehrheit gefunden.

Die CDU möchte, dass in sämtlichen Mitteilungen, Dokumenten, Vordrucken, amtlichen Schreiben sowie im Internetauftritt der Kreisverwaltung künftig auf grammatikalisch falsche Gender-Sprache (Gendersternchen, Genderdoppelpunkt, Binnen-I usw.) verzichtet werden solle.

Anstelle dessen sollten die Regeln der deutschen Grammatik und der amtlichen Rechtschreibung eingehalten werden, denn das Gendersternchen trägt in hohem Maße dazu bei, dass die deutsche Sprache schwerer verständlich ist und die gefühlte Kluft zwischen dem Durchschnittsbürger und „denen da oben“ noch größer wird. Die Gender-Sprache betont bewusst das Trennen-de, Sprache soll aber die Menschen verbinden.

Die Schleswig-Holsteinische Bildungsministerin Karin Prien hat die Verwendung von Gender-Sonderzeichen an Schulen mit der Begründung un-tersagt, man müsse doch eine einheitliche Sprache lernen in diesem Land. Deren Verwendung erschwere das Erlernen der deutschen Sprache. Das gilt nicht nur für Schülerinnen und Schüler, deren Muttersprache deutsch ist, sondern insbesondere auch für Menschen mit Migrationshintergrund, deren nachhaltige Integration von allen politischen Kräften befürwortet und gefordert wird. Beachtenswert ist eine erste wenige Tage alte Empfehlung des Bundes-Frauenministeriums von Christine Lambrecht (SPD), die das Kanzleramt, die Ministerien und alle obersten Bundesbehörden zum Verzicht auf das „Gendersternchen“ auffordert. In der offiziellen Kommunikation seien Sonderzeichen als Wortbestandteile nicht zu verwenden. Das gelte auch für den Binnendoppelpunkt, das große Binnen-I oder ein Trema.

Sehr geehrte Frau Landrätin, wir sind uns bewusst, dass die Politik nur entscheiden kann, was Sie zu tun haben. Wie Sie es machen, bleibt letztendlich Ihrer Entscheidungsbefugnis vorbehalten. Wir appellieren aber an Sie, sich nicht gegen die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung zu stellen, die, wie sämtliche Umfragen ergeben haben, die Verwendung von Gender-Sonderzeichen ablehnen. Letztendlich ist die Bevölkerung die „Kundschaft“ der Kreisverwaltung, und Sie sind die oberste Dienstleisterin im Kreis Pinneberg.

Bitte bieten Sie auch solchen Parteien und gesellschaftlichen Randgruppen kein Forum für ihre politischen Ziele, die diese Auseinandersetzung mit Vergleichen der Sprachentwicklungen in der Nazi- und der DDR-Diktatur zu missbrauchen versuchen. Zeigen Sie sich einsichtig und lassen Sie den Streit um die deutsche Sprache nicht eskalieren. In einer Demokratie können Politik und Verwaltung auch dadurch Souveränität demonstrieren, dass sie dem Willen des Volkes Rechnung tragen.

Ihre CDU-Fraktion im Pinneberger Kreistag

Großklinik oder Status Quo?

Das Thema Großklinikum und die Pläne zur Schließung der Regio-Kliniken in Pinneberg und Elmshorn beschäftigen die Fraktionen im Pinneberger Kreistag, aber auch außerhalb der politischen Gremien, insbesondere in den beiden betroffenen Städten. Überraschenderweise wird weder die politische noch die Diskussion im vorpolitischen Raum von der Thematik dominiert. Die Überzeugung, dass es wichtig sei, ein Krankenhaus als Maximalversorger mit allen Abteilungen unter einem Dach zu haben, scheint sich sowohl in der Öffentlichkeit als auch in den Fraktionen mehrheitlich durchzusetzen.

Zwar wird Hannes Birke (SPD) als immerwährender SANA-Feind und immer noch Verfechter der Krankenhaus-Rekommunalisierung sich auch weiterhin an Scharmützeln mit der Geschäftsführung der Regioklinik abarbeiten, die Bevölkerung zeigt aber offensichtlich weit weniger Betroffenheit. Zu einer Hauptausschusssitzung in Pinneberg, die extra wegen dieses Themas in die mehrere Hundert Besucher fassende Rübekampfhalle verlegt worden war, hatten sich gerade einmal 20 Personen eingefunden. Die Regio-Geschäftsführer Regina Hein und Gundolf Thurm erläuterten nicht nur das Konzept, sondern auch die Auswirkungen auf die ärztliche Versorgung im Kreis Pinneberg. Eine breitere Angebotspalette unter einem Dach sollte langfristig auch für mehr und besseres Personal. Nicht die Wegstrecke, die der Patient zu seinem Krankenhaus zurücklegen müsse, sei ausschlaggebend für den Behandlungserfolg, sondern die bestmögliche ärztliche Versorgung. Wenn der Patient in der Klinik ankomme, müsse er von Spezialisten angenommen werden, und wenn man Fachabteilungen zusammenbringe, so profitierten davon in erster Linie die Patienten. Denn der persönliche Austausch des Personals sei wichtig und könne in einem besser praktiziert werden als in zwei Krankenhäusern.

Über den Standort einer Großklinik wird weiter diskutiert werden. Die CDU-Fraktion hat sich auf den Weg gemacht, die Thematik zunächst in einer Arbeitsgruppe zu diskutieren, die der Fraktion berichten wird. Relativ zeitig sollte die Fraktion dann eine Grundsatzentscheidung treffen, die die Grundlage bilden wird für das weitere Vorgehen. Entweder sie lehnt es ab oder sie unterstützt das Vorhaben der Regiokliniken auf dem Weg zu dessen Realisierung. Unter der Leitung von Andreas Stief wird die Arbeitsgruppe kurzfristig der Fraktion einen Vorschlag zur Beschlussfassung unterbreiten.

Aus Pressemitteilungen der CDU-Fraktion

Verhütung ja, Sterilisation nein!

CDU wehrt sich gegen die Kostenübernahme für Operationen am gesunden Körper

Mittel in Höhe von 30.000 Euro hatte der Pinneberger Kreistag im Februar 2020 bereit gestellt, um für Menschen mit geringem Einkommen die Kosten für Verhütungsmittel zu übernehmen. Die CDU-Fraktion wollte sich damals dieser Initiative von SPD, Grünen und Linken nicht verschließen. Auch als die Gleichstellungsbeauftragte feststellte, dass dieses Angebot insbesondere von Frauen in schwierigen Situationen gut angenommen werde und eine Aufstockung der Mittel um 10.000 Euro nötig sei, wollte die CDU es zunächst bis 2022 mittragen. „Das Projekt nach 9 Monaten zu beenden wäre kontraproduktiv“, erklärt Sonja Wehner, sozialpolitische Sprecherin der CDU.

Aus dem Zwischenbericht gehe allerdings auch hervor, dass neben Spiralen sowie hormonellen und mechanischen Verhütungsmitteln auch operative Eingriffe wie Vasektomie und Sterilisation aus Steuergeldern bezahlt worden seien. „Dagegen verwehrt sich die CDU energisch“, macht die CDU-Fraktionsvorsitzende Heike Beukelmann deutlich. Auch die Krankenkassen würden keine Kosten tragen für Operationen an gesunden Körpern, wenn sie aus medizinischer Sicht nicht notwendig seien. Ihren Änderungsantrag, der im Sozialausschuss abgelehnt worden sei, werde die CDU im Kreistag am kommenden Mittwoch wieder stellen. Solche Eingriffe sollen künftig nicht mehr vom Kreis bezahlt werden.

Gleißmann fordert Waffenverbotszone am Elmshorner Bahnhof

CDU-Landtagskandidatin Birte Gleißmann besuchte Innenministerin Sabine Sütterlin-Waack in Kiel. Anlass für das Gespräch waren unterschiedliche innenpolitische Themen. Gleißmann sprach in diesem Rahmen auch die Sicherheitslage am und um den Elmshorner Bahnhof an. „Die Ereignisse der vergangenen Wochen haben einmal mehr gezeigt, dass der Elmshorner Bahnhof und der angrenzende Steindammpark einen Kriminalitätsschwerpunkt darstellen“. Nicht nur zur Nachtzeit, sondern auch tagsüber fühlten sich viele Bürgerinnen und Bürger dort nicht sicher. Solche Angsträume dürfe es in Elmshorn nicht geben! „Ich fordere daher die Einrichtung einer Waffenverbotszone, so dass das Mitführen von Waffen und gefährlichen Gegenständen dann in dieser festgelegten Zone verboten ist. Einher gehen damit weitere Kontrollbefugnisse der Polizeibeamten. Es muss jedem klar sein, dass Waffen und gefährliche Gegenstände gerade in diesem Umfeld nichts zu suchen haben!“

Eine solche Waffenverbotszone gibt es in Schleswig-Holstein bereits seit 2013 in der Kieler Bergstraße. Im Jahr 2018 ist die entsprechende Verordnung nach einer

positiven Kriminalitätsentwicklung verlängert worden. Das schleswig-holsteinische Innenministerium und die Landespolizei sagten im Rahmen des Gesprächs Unterstützung für den Elmshorner Vorstoß zu. Einig waren sich die Gesprächspartner auch, dass die aktuelle Kriminalitätsentwicklung ein unmittelbares Einschreiten erforderlich macht. So sicherte die Landespolizei zu, den Einsatz am Elmshorner Bahnhof zu verstärken. Bereits 2016 war der Elmshorner Bahnhof als sogenannter „gefährlicher Ort“ eingestuft. Nach den vergangenen Ereignissen ist dies erneut erfolgt.

„Stadt, Kreis und Land müssen hier an einem Strang ziehen, um das Kriminalitäts- und Gewaltproblem in den Griff zu bekommen. Da das Land die Befugnis zur Einrichtung solcher Verbotszonen auf den Kreis übertragen hat, werde ich mich nun im Pinneberger Kreistag dafür stark machen. Die Verbotszone alleine wird allerdings nicht reichen, auch die Kontrolldienste durch Polizei und andere Ordnungsbehörden muss erhöht werden“ so Glißmann abschließend.

Keine Gewalt gegen Kinder

Antrag der CDU zum Kreistag am 20. Oktober

Für die CDU im Pinneberger Kreistag ist es nicht hinnehmbar, dass selbst noch im 21. Jahrhundert Gewalt gegen Kinder und Jugendliche an der Tagesordnung ist. Allein in 2020 seien 152 Kinder in elterlicher Obhut durch häusliche Gewalt getötet worden, sagt Rolf Heidenberger, Initiator des Bündnisses "Keine Gewalt gegen Kinder und Jugendliche". 60.600 Fälle von Missbrauch, Verwahrlosung und körperlicher Gewalt sei nur die „offizielle“ Fallzahl. Die Dunkelziffer dürfte noch deutlich höher sein.

„Viele Straftaten könnten verhindert werden, wenn jeder Einzelne in der Gesellschaft richtig hinsehen würde, wenn Kinder in Gefahr sind“, erklärt Daniel Kölbl, Abgeordneter der CDU-Kreistagsfraktion, die will, dass sich der Pinneberger Kreistag zu dem Bündnis bekennt. So lautet auch der Antrag, den die CDU für die Kreistagsitzung am 20. Oktober gestellt hat.

Mit dieser Initiative wolle sie das erst kürzlich gegründete Bündnis stärken und weitere Kommunen im Kreis Pinneberg motivieren, sich ebenfalls dazu zu bekennen. „Die CDU-Fraktion erachtet es als unabdingbar, eine noch breitere Öffentlichkeit für körperliche Übergriffe auf und sexuellen Missbrauch von Kindern zu sensibilisieren“ macht ihre Fraktionsvorsitzende Heike Beukelmann deutlich. Heidenberger informiert, dass es inzwischen 63 starke Partner-Organisationen gebe, hinter denen ca. 4 Mio. Mitglieder,

Kunden oder Feuerwehr-Kameraden stünden. Man wolle sensibilisieren, mobilisieren und Schleswig-Holstein wachrütteln. „Kinder brauchen eine weit stärkere Lobby, als es zur Zeit der Fall ist“, so Beukelmann.

Licht am Ende des Tunnels

Nach erneuter Anfrage der CDU: Zulassungsstelle auf dem Weg zur Normalität

Immer noch gibt es Beschwerden über Terminengpässe und lange Wartezeiten bei der Kfz-Zulassung. Für die Beschäftigten im Straßenverkehrsamt in Elmshorn kommt es immer wieder zu hitzigen Diskussionen, bedrohlichen Situationen und Anfeindungen. Denn trotz nunmehr möglicher online-Funktionen bleibt weiterhin der subjektive Eindruck von Ungleichbehandlung privater und gewerblicher Kunden. Deshalb hatte die CDU-Fraktion im Pinneberger Kreistag eine erneute Anfrage gestellt, die in der letzten Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Sicherheit und Ordnung beantwortet wurde.

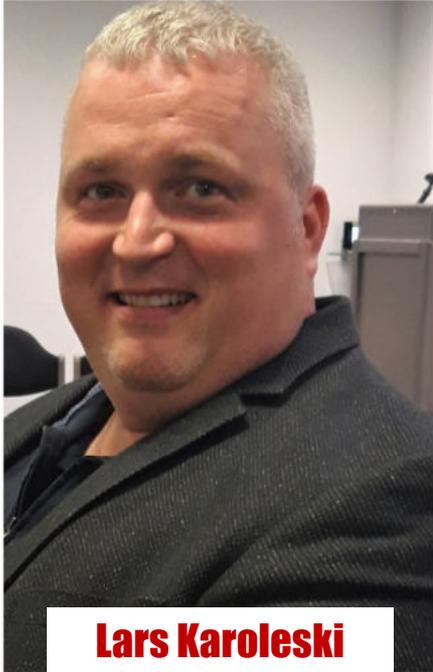
Tatsächlich konnte die Verwaltung aufzeigen, dass die Terminvergabe zwischen privaten und gewerblichen Kunden ausgeglichen sei und es nur zu weniger als 10% Terminverfall im Bereich der privaten Kunden komme. Insbesondere die gewerblichen Zulassungsdienste ließen keine Termine verfallen und blockierten sie auch nicht. Die Terminvergabe erfolge zudem über separate Terminals. Die Online-An- und Abmeldung könne deshalb so wenig genutzt werden, weil viele Bürger schlicht die Online-Funktion ihres Personalausweises bei der Beantragung nicht freigeschaltet hätten. Bisher seien es allerdings die coronabedingten Arbeitsschutzmaßnahmen gewesen, die die Terminvergabe einschränkten und zu längeren Wartezeiten führten.

Die CDU-Fraktion hofft, dass diese noch weiter zurückgefahren werden können. Dann sei laut Verwaltung auch wieder mehr Publikumsverkehr und eine höhere Taktung der Termine möglich. Inzwischen würden regelmäßig sogar Samstagstermine nur für Privatkunden angeboten. Man werde regelmäßig überprüfen, wie sich die Situation entwickle.

Dr. Tobias Löffler (CDU) macht deutlich, dass in der Zulassungsstelle während der aktuell schwierigen Situation mit großem Einsatz gearbeitet werde. „Trotz langer Wartezeiten sollte niemand seinen durchaus verständlichen Frust vor Ort auf unsachliche oder gar beleidigende Art artikulieren“, appelliert er an die Kunden der Zulassungsstelle. Aus seiner Sicht wäre ein Abgleich mit anderen Zulassungsstellen zur Optimierung der Abläufe von Vorteil. Bisher finde ein Benchmarking allerdings nicht statt. Es wurde daher von der CDU-Fraktion angeregt.

Herzlichen Glückwunsch

Auch im Oktober feierten wieder zwei Mitglieder der CDU-Kreistagsfraktion Geburtstag:



Lars Karoleski

ist seit Juni 2019 bürgerliches Mitglied der CDU-Kreistagsfraktion und dort im Jugendhilfe- und im Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung tätig. Er steht für große Verlässlichkeit und Engagement in Partei und Fraktion.



Daniel Kölbl

ist seit der Kommunalwahl 2018 Abgeordneter und gilt im Kreistag als junges Talent und starke Stimme, die zum Wohle des Kreises Pinnebergs handelt und zugleich Tornescher Interessen vertritt.

Die CDU-Fraktion und der Newsletter gratulieren beiden nachträglich sehr herzlich!

Bei Facebook entdeckt:



Martin Balasus

Das Wohl und die Gesundheit unserer Kinder standen heute im Fokus der Sitzung des Pinneberger Kreistages:

- a) Ganz besonders freue ich mich, dass der Kreis Pinneberg die Aktion „Keine Gewalt gegen Kinder und Jugendliche“ unterstützt, die der Verein Appen musiziert auf die Beine gestellt hat. Viel zu viele Kinder werden Opfer von Verwahrlosung, Missbrauch oder Gewalt. Darauf muss hingewiesen und die Öffentlichkeit sensibilisiert werden. Viele Straftaten könnten verhindert werden, wenn der Einzelne oder die Gesellschaft richtig hinsehen würden.
- b) Außerdem wurde der Bewegungspass eingeführt, der die motorischen Fähigkeiten der Kinder spielerisch fördern soll. Schließlich werden von Jahr zu Jahr immer mehr Defizite bei den Schuleingangsuntersuchungen festgestellt.

Strategie-Klausurtagung am 20. November 2021

Am 20. November wird die gesamte CDU-Fraktion in der Bokel Mühle zu einer Klausurtagung zusammen kommen. Diskutiert und gegebenenfalls auch Beschlüsse gefasst werden soll über eine langfristige Strategie, die letztlich ins Wahlprogramm zur Kommunalwahl 2023 münden soll. Zur Zeit bereiten die Teilfraktionen entsprechende Vorschläge aus. Die fachpolitischen Sprecher werden dann während der Klausur vortragen, die Fraktionsvorsitzende wird die anschließenden Diskussionen leiten. Dabei wird es nicht um einzelne Anträge, sondern vielmehr um die künftige strategische Ausrichtung der CDU-Fraktion gehen.

TERMINE:

Montag, 01.11.2021, 19.00 Uhr:
Sitzung des CDU-Fraktionsvorstandes - Lifesize

Mittwoch, 03.11.2021, 19.00 Uhr:
Sitzung der CDU-Fraktion - Lifesize-Videokonf.

Dienstag, 04.11.2021, 18.00 Uhr:
Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit, Gleichstellung und Senioren, Kreishaus Elmshorn

Montag, 08.11.2021, 19.00 Uhr:
Sitzung des erweiterten CDU-Fraktionsvorstandes, Lifesize

Dienstag, 09.11.2021, 18.30 Uhr:
Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Regionalentwicklung und Verkehr - Kreishaus

Mittwoch, 10.11.2021, 16.30 Uhr:
Sitzung des Hauptausschusses - Kreishaus

Mittwoch, 10.11.2021, 19.00 Uhr:
Sitzung der CDU-Fraktion - Kreishaus

Donnerstag, 11.11.2021, 18.30 Uhr:
Sitzung des des Ausschusses für Schule, Kultur und Sport – Heideweg-Schule Appen-Etz

Montag, 15.11.2021, 19.00 Uhr:
Sitzung des CDU-Fraktionsvorstandes - Lifesize

Donnerstag, 18.11.2021, 18.00 Uhr:
Sitzung des Jugendhilfe-Ausschusses - Kreishaus

Samstag, 20.11.2021, 09.00 Uhr:
Klausurtagung der CDU-Fraktion – Bokel Mühle

Montag, 22.11.2021, 19.00 Uhr:
Sitzung des CDU-Fraktionsvorstandes - Lifesize

Mittwoch, 24.11.2021, 16.30 Uhr:
Sitzung des Hauptausschusses Kreishaus

Mittwoch, 24.11.2021, 19.00 Uhr:
Sitzung der CDU-Fraktion - Kreishaus

Donnerstag, 25.11.2021, 18.30 Uhr:
Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Sicherheit und Ordnung - Kreishaus

Dienstag, 30.11.2021, 18.30 Uhr:
Sitzung des Finanzausschusses - Kreishaus

IMPRESSUM

Herausgeber: Der Vorstand der CDU-Fraktion im Pinneberger Kreistag
Redaktion/Produktion: Burkhard E. Tiemann
Fotos: CDU, B. E. Tiemann, Kr. Pinneberg
Redaktionsadresse:
CDU-Kreisgeschäftsstelle
Rübekamp 72 | 25421 Pinneberg
Tel.: 04101 / 22927 | Fax: 04101 / 591761
Email: b-e-t@gmx.de
www.cdu-kreistag-pinneberg.de